

Finanz- und Kirchendirektion  
Generalsekretariat  
Rheinstrasse 33b  
4410 Liestal

Liestal, 13. Oktober 2014

**Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend Teilrevision des Ergänzungsleistungsgesetzes zur AHV und IV / Neuaufteilung der EL**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Lauber  
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die FDP.Die Liberalen (FDP) zur Stellungnahme zu obgenanntem Vernehmlassungsentwurf eingeladen. Gerne machen wir von Ihrem Angebot Gebrauch und unterbreiten unsere Gedanken wie folgt:

Die FDP stimmt der allgemeinen Stossrichtung der Vorlage grundsätzlich zu. Insbesondere da die Gemeinden, welche die Hauptbetroffenen dieser Vorlage sind, mittels einer Konsultativkommission einbezogen wurden.

Völlig unverständlich ist für die FDP allerdings der Zeitpunkt, zu welchem die Vorlage behandelt werden soll. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, steht das *Konzept zur Herstellung der fiskalischen Äquivalenz bei der EL-Kostenverteilung* der Kommission „Ergänzungsleistungen“ und der Konsultativkommission „Aufgabenteilung und Finanzausgleich“ noch aus und konnte demzufolge nicht in Vorlage einfließen. Gerade die heute fehlende fiskalische Äquivalenz muss im Rahmen der Neuaufteilung der Kosten und der Übertragung der Verantwortung der Alters-EL an die Gemeinden zuerst hergestellt werden.

Die Ergänzungsleistungen für die AHV sind aufgrund der demografischen Entwicklung im Kanton Basel-Landschaft einem starken Wachstum unterworfen, was für den Kanton eine starke Belastung bedeutet. Wenn die Gemeinden neu vollumfänglich für die Alters-EL aufkommen sollen, so muss ihnen auch ein Handlungsspielraum und eine Steuerungsmöglichkeit beim Kostenmanagement eingeräumt werden. Andernfalls werden die Gemeinden nicht in der Lage sein, diese grosse Last zu tragen.

Die FDP warnt an dieser Stelle vor einer demografischen Bombe bei der Alters-EL, welche mit dieser Vorlage vom Kanton auf die Gemeinden abgeschoben wird.

Aus den genannten Gründen kommt die FDP zum Schluss, dass die Vorlage zurückzustellen oder zu entflechten ist, so dass zumindest die Neuverteilung der EL zur AHV zusammen mit dem *Gesetz über Betreuung und Pflege im Alter*, das eine kostendämmende Steuerungsmöglichkeit der Gemeinden vorsieht, behandelt werden kann.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei allfälligen Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen  
FDP.Die Liberalen Baselland



Christine Frey  
Parteipräsidentin